Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 1 (1921-1922)

Heft: 9

Artikel: Die Schweizerische Bauernpartei

Autor: Nobs, Ernst

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328184

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rote Revue

Sozialistische Monatsschrift

9. HEFT

MAI 1922

I. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Die Schweizerische Vauernpartei.

Von Ernst Nobs.

Werden und Vergeben politischer Parteien.

Die materialistische Geschichtsauffassung erklärt das Ent= stehen politischer Parteien aus dem Vorhandensein unbefriedigter Klassen. Eine neue Partei kann neben anderen Parteien nur dann entstehen, wachsen und zur großen Partei werden, wenn die vor ihr vorhandenen Parteien die Interessen einer bestimmten Wirtschaftsgruppe gar nicht oder nicht in genügendem Maße wahrnahmen. Nicht das macht die Partei zur Partei, daß einige hundert oder tausend Menschen sich selber als Partei proklamieren. Die meisten Parteigründungen sind lebensunfähige Früh- oder Totgeburten. Nur den allerwenigsten ist eine Entwicklung oder ein langes Leben beschieden. Manche finden nach einem verheißungsvollen Anfang ein frühes Ende. Undere bilden aus kümmerlichen Unfängen die Wurzeln zu einem überraschenden Wachstum. Seit der Mitte der neunziger Jahre ist der Niedergang des Schweizerischen Grütlivereins offensichtlich. Die viel klarere und konsequentere Rlassenpolitik der Sozialdemokratischen Partei überschattete den Grütliverein der= maßen, daß er entweder völlig in ihr aufgehen oder neben ihr verkümmern und verderben mußte. Der Versuch der Gründung einer Rommunistischen Partei könnte nur dann über die Sekte hinausführen, wenn die Sozialdemokratische Partei der Konkurrentin Raum und Entwicklungsmöglichkeit schaffen würde durch Vernachlässigung oder völlige Preisgabe der proletarischen Interessen. Die Schweizerische Bauernpartei, die erst im Entstehen begriffen ist, aber bereits sehr bedeutende Grundlagen aufweist, dürfte aller Voraussicht nach zu einer Partei= gründung von Bestand und Dauerhaftigkeit werden.

Die ersten politischen Vauernparteien entstanden in deutsch= schweizerischen Rantonen im Jahre 1919. Die Ziffer 1919 bedeutet politisch und wirtschaftlich: Ende des Weltkrieges, erstes Friedensjahr, Rückkehr zur Friedenswirtschaft nach den langen Jahren des Staatszwanges und der staatskapitalistischen Monopole. Der Landesstreik vom November 1918 hatte dem politischen Prestige des seit 1848 in der Schweiz allmächtig herrschenden Freisinnigen Partei dermaßen Abbruch getan, daß sie in die vorzeitige Neuwahl des Nationalrates (1919 statt erst 1920) einwilligen mußte, nachdem bereits im Oktober 1918 mit der Unterstützung zahlreicher bäuerlicher Stimmen die freisinnige Parteifestung der Mehrheitswahl zu Fall gebracht worden war. Eine Reihe von Ereignissen hätte die herrschende Freisinnige Partei bereits während der Kriegsjahre schwer kompromittiert und die seit zwei Jahrzehnten sich mehrenden Alnzeichen der internen politischen Zersetzung der großen Regierungspartei traten kraß in Erscheinung. Im Rampf um die politische Vormachtstellung im Lande war die Freisinnige Partei stets mit der Prätention aufgetreten, die Interessen aller Rlassen aleichermaßen zu wahren und der eigentliche Schmelztiegel zu sein, in welchem aus der Vereinigung aller Elemente der Ausgleich aller Gegenfäße geschaffen werde in dem Mischungsprodukt, genannt freisinnige Politik. Das Regiment führte tatsächlich der liederlichste, grundsakloseste Opportunismus, der es fertia gebracht hatte, außenpolitisch innerhalb fünf Jahren von der germanophilen zur frankophilen Frontaufstellung überzugehen, innenpolitisch vom straffen Zentralismus der ersten Kriegsjahre zu einer föderalistischen Konzessionspolitik schlimmster Urt und von der unverschämten sozialpolitischen Reaktion der Jahre 1914 und 1915 hinüberzuwechseln zu den verlogenen "arbeiterfreundlichen" Phrasen vor, während und nach dem Landesstreit, um schließlich wieder der Reaktion zu dienen ("Zickzackpolitik"). In den Städten, wo der Freisinn mit den Sozialdemokraten hart um die Vorherrschaft zu kämpfen gezwungen war, hatte er in jungfreisinnige Parteien, in Firbefoldetenorganisationen und gelben Arbeitervereinen Rontingente abdelegiert, mit der taktischen Aufgabe, Schichten festzuhalten, die ihm zu entgeben drohten oder bereits entgangen waren. Es ergaben sich scharfe Interessengegensätze innerhalb der Freisinnigen Partei selber zwischen den ihr noch angehörenden mehr städtischen Ungestellten= und Beamtenkreisen auf der einen Seite, mit ihren Begehren nach Konsumentenschutz und Steuerentlastung und den Vauern mit ihren sehr weit gehenden zollpolitischen Protektionsforde=

rungen auf der andern Seite. Schließlich waren auch noch da zwei weitere ziemlich selbständige Gruppen mit ausgesprochen reaktionärem Einschlag: das Gewerbe und die Industrie mit Einschluß des Großkapitals und die Vanken, Trusts und Soldinggesellschaften. Alle diese Gruppen hatten gemeinsam (mit Einschluß der Arbeiter) im 19. Jahrhundert gemäß den von der großen französischen Revolution ausgegangenen Seroldsrusen der kapitalistischen Epoche die Schweiz von Grund auf umgestaltet. Alber damit war ihr Jusammenwirken und ihre historische Mission erfüllt. Seute erleben wir das Schauspiel des unaufhaltsamen Zerfalls einer ruhmreichen Partei mit großer Vergangenheit in ihre einzelnen Bestandteile.

An die Spitse dieser Partei rückte mehr und mehr eine wenig volkstümliche Gesellschaft von Verufspolitikern aus dem Stande der Advokaten, politischen Obersten, Regierungsräten und

Verwaltungsräten aller möglichen Alktiengesellschaften.

In der politischen Vauernpresse vernahmen wir am wenigsten über die eigentlichen Beweggründe zur Bildung politischer Bauernparteien. Im Gegensatz zu der mit einem ungeheuren Aufwand an Worten, Proklamationen, Deklarationen und Polemik eingeleiteten Iwangsgeburt der Rommunistischen Partei entstanden die politischen Bauernparteien fast über Nacht, un= bemerkt, überraschend und, wie es scheint, ohne jede besondere Geburtshilfe. Sie waren einfach eines schönen Tages da. Wohl war seit Jahren gelegentlich in Bauernversammlungen und in der Bauernpresse die Gründung von Bauernparteien besprochen worden, aber stets hatten diese Diskussionen ein negatives Resultat gezeitigt. Laur hatte sich wiederholt gegen die Los= lösung der Bauern von den bürgerlichen Parteien und ihre politische Verselbständigung ausgesprochen. Aber nun hatte sich diese doch durchgesetzt. Eleber die Ursachen dieser Neubildung schrieb das Organ der bernischen Bürger=, Gewerbe= und Bauernpartei, die "Neue Berner Zeitung", am 25. März 1922 was folat:

"Die Zeiten ändern sich und wir mit ihnen. Die wirt=
schaftliche Entwicklung begann den stolzen
Vau (der Freisinnigen Partei) von innen heraus
zu zerbröckeln. Ein ungesunder Rapitalismus machte sich
breit; Ueberindustriealisierung zersetzte den Wirtschaftskörper.
Er tat es unter dem Schutze und Segen des alleinherrschenden
Freisinns. Wer sich als Warner erhob gegen das Vetreten
einer derart abschüssigen Vahn, den verdammte das freisinnige
Repergericht. Unter dem Vanner des Freisinns trieben die
Trusts ihre gistigen Vlüten; das System der freiwilligen Ronzessionen nach rechts, den erzwungenen nach links, trieb der

Sozialdemokratie ungezählte Anhänger in die Arme. Zwischen Sochfinanz und Proletariat lief der Bauer, der Sandwerker und Rlein= gewerbler, der gesamte Mittelstand, Gefahr, zerrieben zu werden. Die Krisis war latent, als der Krieg ausbrach und das gesamte politische und wirtschaftliche Leben in seinen Grundfesten erschütterte. Es kam, wie es kommen mußte; die Interessen innerhalb der herrschenden Partei kreuzten sich. So liefen denn die Bataillone auseinander und sammelten sich in anderen Lagern, neuen Führern. Die Masse der bürgerlich Gesinnten, die breite Schicht des bürger= lichen Mittelstandes, folgte derjenigen Partei, welche rückfichtslos, ohne Rom= promisse und schwächliche Ronzessionen nach links oder rechts ihre wirtschaftlichen und ideellen Interessen verfocht."

So war in einer Periode zunehmender Schwäche der herrschenden Partei und ihres unsicher lavierenden politischen Rurses die Loslösung der bäuerlichen Kontingente in einer Reihe von Kantonen auf einmal zur Tatsache geworden, was den Zusammenbruch der Vormachtstellung des Freisinns und seine völlige Zersesung noch beschleunigte.

Rantonale Bauernparteien.

Rantonale Vauernparteien gibt es gegenwärtig in den Rantonen Bern, Zürich, Schaffhausen, Aargau und Tessin. In allen diesen Kantonen brachte die Bauern= partei es bei den Proporzwahlen sofort zu einer namhaften Vertretung in den kantonalen Räten wie im eidgenössischen Parlament. Besonders stark (mit 15 Mandaten!) zog die bernische Vauern= und Vürgerpartei (wie sie sich damals noch nannte) im Serbst 1919 in den Nationalrat ein. Durch die Verbindung mit dem gewerblichen Mittelstand (neue Bezeich= nung: Bauern=, Gewerbe= und Bürgerpartei) vermochte sie die Freisinnige Partei in diesem Kanton eigentlich zu vernichten, oder wenigstens auf die sehr schmale Basis einer "bürgerlich= fortschrittlichen" Beamtenpartei ("Fortschrittspartei") zu reduzieren. Inwiefern die Hoffnungen auf eine Regeneration des Freisinns berechtigt sind, werden die kommenden Wahlen zeigen müssen. Nach der Abtrennung der geschlossenen Kontingente der Bauern und des gesamten Gewerbes sind dieser "Regeneration" enge Schranken gezogen.

Nachdem wir bereits in der Februarnummer der "Roten Revue" dieses Jahres das Laursche Programm schweizerischer Vauernpolitik wiedergegeben haben, mag es angezeigt sein, auch das Programm einer kantonalen Vauernpartei hier noch festzuhalten. Es ist das erste von einer kantonalen Vauernpartei beschlossene Parteiprogramm, und zwar dasjenige der bernischen Partei. Es wurde beschlossen am 19. Juli 1919 und lautet:

"Die Bernische Vauern- und Vürgerpartei erklärt sich als eine selbständige politische Vereinigung vaterländisch gesinnter Volksgenossen, bereit, mit ihrer ganzen Kraft alle Vestrebungen zu unterstüten, die darauf gerichtet sind, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit unseres Landes und die geistige Selbständigkeit unseres Volkes zu wahren und zu stärken, die sittlichen Grundlagen, auf denen unser Staatswesen sußt, unversehrt zu erhalten und auf dem Voden der bestehenden, das private Eigentum und den freien Wettbewerb schüßenden Rechtsordnung einen gerechten sozialen Ausgleich innerhalb der verschiedenen Volksschichten durchzusühren, unter entschlossener Zurückweisung aller kommunistischen Theorien und aller nicht durch gebieterische Staatsnotwendigkeiten bedingten Monopole.

Diesen Richtlinien folgend tritt die Partei ein für die Erhaltung eines schlagsertigen Volksheeres, unter unerbittlicher Bekämpfung aller in seinem Organismus zutage tretenden unschweizerischen Erscheinungen für einen soliden, nach den Grundsäßen republikanischer Einfachheit geführten Staatshaushalt, für eine bessere Sicherung des Landes gegen die drohende Lleberfremdung, vornehmlich durch wirksamen Schutz und zielbewußte Förderung der inländischen Alrbeit und Produktion. Sie wird speziell allen Bestrebungen des schweizerischen Vauernwerbandes in dieser Nichtung nachhaltige Unterstützung gewähren.

Im besonderen wird die bernische Bauern- und Bürgerpartei die wirtschaftlichen, politischen und idealen Interessen der Landwirtschaft und des gesamten arbeitenden Bürgerstandes des Kantons Vern nach innen und außen wahrzunehmen und zu diesem Iwecke auf verbesserte Schul- und Verufsbildung unseres Landvolkes und Sicherung seiner wirtschaftlichen Jukunft, speziell auch auf eine zeitzemäße Besserung der Eristenzbedingungen des landwirtschaftlichen Alrbeitspersonals hinarbeiten und sich die straffere Organisation und politische Alustlärung des Landvolkes auf kommunalem, kantonalem und eidgenössischem Voden zur Alusgabe machen."

In der jüngsten Zeit machen auch in der Ostschweiz sich starke Tendenzen zur Gründung selbständiger Bauernparteien geltend. Es sind in den Rantonen Thur gauund St. Gallen kurz nacheinander bernische und zürcherische Bauernparteiler für die politische Verselbständigung der dortigen Vauern einzetreten, was namentlich in der freisinnigen Presse ängstliches Mißfallen erregte. Im Thurgau traten die Vauern schon bei den letzten Nationalratswahlen mit einer eigenen Liste hervor,

und die Gewählten schlossen sich in Vern der Vauernfraktion an. In St. Gallen verhinderte die freisinnige Partei bei den Stadt-ratswahlen von 1919 eine besondere Vauernliste, indem sie von vorneherein durch Rumulation die Wahl zweier Vauernvertreter sicherte.

Außer in den erwähnten Kantonen dürfte in den nächsten Jahren mit der Gründung von Vauernparteien mutmaßlich noch zu rechnen sein in den Kantonen Vaselland, Solo=thurn, Appenzell Al.=Rh., Glarus und Grau=

bünden.

Auffallen muß, daß alle diese vollzogenen und versuchten Neugründungen — mit der einzigen Ausnahme des Kantons Tessin — ins deutschschweizerische protestan= tische oder paritätische Gebiet fallen. Politisch gesprochen heißt das, daß vorwiegend die einstigen Domänen der freisinnigen Partei eine felbständige bäuerlich = politische Bewe= gung zu entwickeln beginnen, während Westschweiz und die vom Ultramontanismus regierten Kantone davon verschont blieben. Man möchte sagen, daß his heute die Bauernpartei ein Zersetzungsprodukt der freisinnigen Partei sei. Aber man kommt mit einem solchen Erklärungsversuch dem Grund der Dinge nicht näher, denn mit eben demselben Recht könnte man sagen, daß die Absplitterung der Bauern und des gewerblichen Mittelstandes die Zersetzung der Freisinnigen Partei vollendet habe. Begonnen hat diese Auflösung bereits vor einem halben Jahrhundert mit der damals einsetzenden Abkehr der Arbeiter von der Partei, die der schweizerischen Politik während eines vollen Jahrhunderts ihren Stempel aufgedrückt hat.

Mehr als politische, vermögen wirtschaftliche Erklärungsversuche über die Ursache der Gründung von Bauernparteien außzusagen. Die Rantone, in denen Bauernparteien schon bestehen
oder entstehen wollen, sind Rantone mit einer starken Entfaltung
der Industrie, also stark außgeprägten wirtschaftlichen Gegensäßen. Diese Gegensäße vermochten den Außgleich nicht innerhalb des Rahmens einer und derselben Partei zu sinden und so
wurde und wird dieser Rahmen gesprengt. Daß diese Bewegung
einseste in einem Zeitpunkt, wo diese herrschende Partei so
außerordentlich an Prestige eingebüßt hatte, wie daß am Ende
des Weltkrieges der Fall war, ist nur natürlich. Die Partei
mit der großen Vergangenheit verlor unter dem Eindruck der
wirtschaftlichen Verhältnisse und politischer Vorkommnisse auß
jüngster Zeit mehr und mehr an politischen Unsehen, büßte an
Uutorität, Einfluß auf die Volksmassen und Unsehen ein. Daß

bedeutete auch ein Nachlassen der die Partei zusammenhaltenden zentripetalen Kräfte. Ihre wesensungleichen Bestandteile stoben außeinander.

Westschweiz, Alpen- und Voralpengebiet.

Die Westschweizssteht unter anderen Verhältnissen. In den Kantonen Genf und Neuenburg spielt die Landwirtschaft naturgemäß eine untergeordnete Rolle. In der agrikolen Waadt aber ist auch die Freisinnige Partei vorwiegend eine Partei des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes und des kleinen Rentnertums und hat sich der kleinbürgerlichen Sauptmasse der Vevölkerung weniger entfremdet, als in der deutschen Schweiz, wo die Gilde von Verufspolitikern, politischen Advokaten, Obersten, Regierungsräten und Verwaltungsräten aller möglichen Aktiengesellschaften zusehends an Popularität einbüste und mit ihrer einseitigen Wirtschaftspolitik die Partei diskreditierte.

Alehnlich wie mit dem Kanton Waadt verhält es sich mit den katholisch = konservativen Rantonen, wo bis anhin eine politisch von der konservativen Partei losgetrennte Bauernbewegung nicht in Erscheinung getreten ist. Der Sinweis darauf, daß eben die ultramontane Partei eine konfessionelle Partei sei, deren Angehörige nicht durch wirtschaftliche, sondern durch religiöse Llebereinstimmung zusammengehalten werde, mag freisinnigen Tagesjournalisten genügen zur tröstlichen Erklärung des Mangels politischer Bauernparteien in der Innerschweiz. Alber sie kann in ihrer ganzen Oberflächlichkeit Anhänger der historisch=materialistischen Denkart nie und nimmer befriedigen. Daß sie grundfalsch ist, zeigt der schweizerische Bauernkrieg mit seiner prächtigen Vereinigung protestantischer und katholischer Bauern zum Zwecke des gemeinsamen Rampfes gegen die sie bedrückende Oligarchie der Städte. Die Erklärung ist sehr viel einfacher. Die ausgesprochen katholisch=kon= fervativen Rantone sind ganz vorwiegend Vauernkantone mit nur sehr sporadisch auftretender Industrie, und die katholisch = konservative Partei ist der Typus fleinbäuerlichen, fleingewerblichen Mit= telstandspartei und damit — ökonomisch betrachtet! - nicht viel anderes als die bernische Bauern=, Gewerbe= und Bürgerpartei! In diesem Zu= sammenhang wäre immerhin noch auf den Umstand hinzuweisen, daß im Alpen- und Voralpengebiet, also der vorwiegend katholischen Domäne, der Rleinbauer stärker vertreten ist als in der schweizerischen Sochebene, wo der Protestantismus stark überwiegt, und die Großbauern in der Vauernpartei die

führende Rolle spielen. Die Ultramontane Vartei wird ihre politische Einheit verlieren, sobald innerhalb dieser Organisation wirtschaftlich entgegengesetzte Schichten schärfer um ihre Sonder= interessen kämpfen werden. Schon sehen wir an einzelnen Orten die ziemlich deutlich in Erscheinung tretende Serausbildung christlichsozialer Gruppen und Parteien, deren Loslösung von der Konservativen Partei — nicht aber vom Katholizismus nur noch eine Frage der Zeit sein kann. Solange aber die katholisch-konservative Partei im ganzen Alben- und Voralbengebiet die Partei des kleinbäuerlichen und kleingewerblichen Besitzes bleibt, wird sie die Bauern nicht verlieren und werden alle Anschlußschalmeien und alle Betonung der konfessionellen Neutralität von seiten der protestantischen Bauernparteiler keine Separationen in der katholischen Schweiz zustande bringen. Im übrigen hat die katholisch-konservative Partei es verstanden, die auch in ihren Rantonen bestehenden politisch und konfessionell neutralen Bauernvereine nicht nur bestehen zu lassen, sondern sie nach Kräften zu unterstüßen und zu beherrschen. Wird bei allen künftigen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen großen Maßstabes die katholisch-konservative Partei an der Seite der Bauern zu finden sein, haben diese keinen Grund, sich von ihrer katholischen Partei zu trennen. Sollte je die Partei in Gegensatz kommen zu den Interessen der Vauern, so würden diese sich unbedenklich von ihr trennen. Ob sie dann als interkonfessionelle Bauernparteien in ein Subordinationsverhältnis treten zu einer gesamtschweizerischen Bauernpartei, oder ob sie als katholische Bauernpartei einen föderativen Anschluß suchen, ist eine Formfrage ohne großen Belang.

Bauernfraktion und Bauernklub in der Bundesversammlung.

Noch gibt es keine schweizerische Vauernpartei. Auch von einem Zusammenschluß der bestehenden kantonalen Vauernparteien hat man noch nichts gehört. Aber es gibt eine Vau er nefrakt ion des Nationalrates und einen Vauernstlub der Vunde vor der hat wan de sversammentei sofort eine Machtsteigerung suchten und fanden durch die Angliederung der im Gewerbe tätigen Schichten, so scheint auch die Vauernsraktion des Nationalrates schon bei ihrer Gründung im Dezember 1919 mehr nach parlamentarischer Machterweiterung als nach reiner undeeinslußter Wahrnehmung der bäuerlichen Interessen getrachtet zu haben, denn sie legte sich sofort den Namen Vauern-, Gewerbeund Vürgerfraktion bei. Laut amtlichem Verzeichnis gehörten zu dieser Fraktion gegen Ende des Jahres 1921 31 Mitglieder,

wurde an Stärke also nur noch übertroffen von der freisinnigdemokratischen, der sozialdemokratischen und der katholischkonservativen Fraktion. Zu der Vauern=, Gewerbe= und Vürgerfraktion zählten Vertreter aus folgenden Kantonen:

Abt = Aargau (Abvokat), Baumann = Aargau (Land= wirt), Bertschinger = Zürich (landwirtschaftl. Geschäftsführer), Bopp = Zürich (gewesener Landwirt, jest Redaktor und Gerichtspräsident), Bürgi=Schwyz (Viehzüchter), Burren = Bern (Regierungsrat), Donini = Teffin (Ald= vokat), Eigenmann = Thurgau (Landwirt), Friburg = haus = Vern (Landwirt), Gelpte = Vaselstadt (Ingenieur), Gnägi = Vern (Landwirt), Sadorn = Vern (Notar), Jenny = Vern (Landwirt), Joß = Vern (Gewerbesekretär), Rönig = Vern (Adjunkt des Schweizer. Vauernsekretärs), Meili = Thurgau (Landwirt), Michel = Vern (Advokat), Minger = Vern (Landwirt), Rellstab = Zürich (Landwirt), Ringger = Zürich (Regierungsstatthalter), Rothplet = Bern (Ingenieur), Ruh = Schaffhausen (Landwirt), Siegen = thaler = Bern (Landwirt), Spichiger = Bern (Notar), Stähli = Bern (Gewerbesekretar), Tobler = Zürich (Regierungsrat, diplomierter Landwirt), Tschumi = Bern (Regierungsrat, gewesener Gewerbesekretär), Waldvogel= Schaffhausen (Regierungsrat, gewesener Lehrer), Weber= Bern (Landwirt), Wunder li = Zürich (Geschäftsführer landwirtschaftlicher Genossenschaften), 3 schotte = Aargau (Ingenieur).

Alußer dieser Fraktion gibt es aber im Bundeshaus seit vielen Jahren schon einen Landwirt schon einen Landwirt schon aft lichen Rlub, dem Mitglieder aller bürgerlichen Fraktionen angehören (sogar der Allerweltsgrütlianer Knellwolf machte dort seinerzeit mit). Alußer den erwähnten 31 Nationalräten gehörten zu Anfang des letzten Winters dem Landwirtschaftlichen Klub weiter an:

Von der radikalen (freisinnig = dem okr = tischen Fraktion: Calame = Neuenburg, Von = moos = Graubünden, Tanner = Vasselland, Caflisch = Graubünden, Walser = Graubünden, Couchepin = Wallis, Jennh = Glarus, Rnüsel = Luzern, Vühler = Vern, Gamma = Uri, Gabathuler = St. Gallen, Rochaix = Genf, Züblin = St. Gallen, Ullmann = Thurgau.

Von der liberalen (protestantisch = kon = fervativen Fraktion: Roussy = Waadt.

Von der katholisch = konservativen Fraktion: Valestra = Tessin, Antonini = Tessin, Gottret=Genf, Petrig=Wallis. Cattori=Tessin, Balmer=Luzern, Moser=Luzern, Steuble=Inner=rhoden, Bossis=Graubünden, Wyrsch=Uargau, Torchessiburg, Genoud=Freiburg, Boschung=Freiburg, Grünenfelder=St. Gallen, Steiner=St. Gallen, Schwander=St. Gallen, Streng=Thurgau, Egg=spühler=Uargau, Säfliger=Luzern, Ming=Ob=walden, Pitteloud=Wallis, v. Matt=Nidwalden, Eveguoz=Wallis.

Von den Waadtländer Radikalen (den von der freisinnig-demokratischen Fraktion zeitweilig getrennten Waadtländer Freisinnigen): Versier, Grobet, Mayor, Pittet, Vosset, Maillefer, Gaudard,

Chamorel.

Der Landwirtschaftliche Klub des Nationalrates rekrutiert sich also wie folat:

1. Bauern-, Gewerbe- und Bürger-Fraktion	31	Mitglieder
2. von der katholisch-konservativen Fraktion	23	11
3. von der radikalen Fraktion	14	"
4. von der Waadtländer radikalen Fraktion	8	11
5. von der liberalen Fraktion	1	

Alsso Zusammen 77 Mitglieder

von insgesamt 189 Mitgliedern des Nationalrates. Sie ist die stattlichste Wirtschaftsgruppe des Nationalrates, die in allen Wirtschaftsfragen maßgebenden Einfluß besitzt, ohne im übrigen auf ihre einzelnen Mitglieder einen starken Fraktionszwang auszuüben. Manchen Berufspolitikern war der Beitritt zum Klub etwas wie eine Rückversicherung gegen alle Gesahren des parlamentarischen und politischen Strebertums. Wie weit der Einfluß des Klubs geht, zeigte sich im letzen Serbst, wo die freisinnig-demokratische Fraktion zwar Stimm freigab et gabe sückvlossen hatte, die meisten ihrer Mitglieder aber in der Abstimmung sich auf die Seite der Mannschaften vom "Klub"schlugen!

Von den 44 Mitgliedern des Ständerates zählten anfangs Winter 1921/22 die folgenden 12 zum Landwirtschaftsklub; Reller= Alargau, Moser= Vern, Savon= Freiburg, Läli= Graubünden, Och sner= Schwyz, Vertoni= Tessin, Whrsch= Unterwalden, Suber= Uri, Muheim= Uri, Dind= Waadt, Simon= Waadt, Ribordn=

Freibura.

Wenn in Vetracht gezogen wird, daß die in der schweizerischen Landwirtschaft beschäftigten Personen schon anläßlich der

letten (im Jahre 1910 vorgenommenen) Betriebszählung nur noch 27 Prozent der schweizerischen Gesamtbevölkerung aus= machten, so muß die unverhältnismäßige Stärke des Bauernklubs auffallen. Daß die Bauern=, Ge= werbe= und Bürgerfraktion des Nationalrates mit ihren 31 Mit= gliedern nicht der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen entsprechen kann, eraibt sich aus den Verhältnissen, die ich oben geschildert habe, namentlich aber aus der Zugehörigkeit vieler Bauernvertreter zur katholisch-konservativen Partei und Fraktion. Wenn alle in der Landwirtschaft tätigen Versonen Repräsentanten der Bauernpartei nach Vern abordneten würde eine reine Vauernfraktion von etwas über 50 Mann zustande= tommen. Daß es heute mit 77 Mitaliedern des Landwirtschaft= lichen Rlubs reichlich anderthalbmal so viele Vertreter sind, gibt uns eine Erklärung für den großen Einfluß der bäuerlichen Interessenvertretung im Bundeshaus. Wenn wir allerdings sehen, daß selbst der Präsident des Schweizeri= schen Städteverbandes, der Kerr Maillefer von Lausanne, Mitglied des Landwirtschaftsklubs ist, so gibt auch diese kleine Einzelheit uns wertvolle Aufschlüsse über die völlige politische Belanglosigkeit des Städteverbandes, der in Bern nicht den geringsten Einfluß besitt, trotdem er mit seinen 63 ihm angeschlossenen Städten und großen Industriegemeinden mit einer Bevölkerung von 1,303,000 Einwohnern einen fehr viel arößeren Volksteil vertritt als die wirtschaftsvolitischen Oraane der Landwirtschaft. Daß Maillefer kürzlich als Stadtpräsident von Lausanne und damit auch vom Vorstand des Städteverbandes zurücktrat, ändert an der politischen Tragweite dieser zur Illustration angeführten Tatsache nichts, und wenn der Herr Maillefer trotz solch phänomenaler Vielseitigkeit nicht Bundes= rat geworden ist, so liegt der Fehler zweifelsohne nicht an ihm. Das Menschenmögliche hatte er getan!

In anderer Weise hat das politische Erstarken des industriellen Proletariats die nur scheinbar widersprechende Wirkung gehabt, den Einsluß der Wortsührer der Landwirtschaft gewaltig zu steigern. Ie bedrohlicher das industrielle Proletariat dem Bürgertum erschien, um so mehr war dieses darauf angewiesen, sich in den Bauern einen zuverlässigen und starken Bundesgenossen zu sichern. Denn ein Zusammengehen von Bauern und Arbeiter würde die politischen Machtverhältnisse im Lande von Grund aus ändern. Ob und auf Grund welchen Minimalprogramms ein solches Zusammengehen zeitweise möglich wäre, will ich heute nicht weiter untersuchen. Ebensowenig die andere nicht weniger wichtige und aufschlußreiche Frage, ob die bisherige bäuerlich-bürgerliche Polis

tik nach Laurschen Direktiven dem wahren Interesse der Landwirtschaft entsprach. Es genüge die Feststellung, daß die Bauernfraktion (Motion Abt betreffend Aufhebung des Achtstundentages) bisher mit den ausgesprochensten Rapitalmagnaten zu= sammen an der Spitze der politischen Reaktion marschierte. Bei allen Postulaten, die sich gegen das Großkapital richteten (und ich denke hier gerade an die vom Schweizerischen Bauernverband selber aufgestellten Forderungen auf Beseitigung des Bankgeheimnisses und Vesteuerung der ausländischen Bankbepots) brachte die Vauernfraktion es nicht einmal zu einer geschlossenen Stimmabgabe, sondern bloß zu einer mehr als schwächlichen Stimmfreigabe. Das Laursche Projekt einer eidgenössischen Luxussteuer wurde von der Fraktion gar nicht aufgenommen! Was endlich an sozialpolitischen Grundsätzen im Bauern= programm ausgesprochen ist, blieb vollends Phrase. Es wurde in den nahezu drei Jahren Tätigkeit der Bauernfraktion im Nationalrat nicht ein einziger Anlauf zum Zwecke der Verwirklichung dieser Zierstücke des Vauernprogramms oder etwa zur Bekämpfung "eines ungesunden Kapitalismus" unternom= men. Neben dem schon erwähnten heutigen Allianzverhältnis der Bauern zu den anderen bürgerlichen Parteien hat insdieser Richtung wohl am meisten hemmend gewirkt ihr enger Zusammenschluß mit einem der konservativsten Faktoren der schwe = zerischen Politik — dem Gewerbe. Es soll denn auch in der Bauernschaft eine Gruppe geben, die über diesen offiziellen Rurs der Bauernpolitik und die Verschwägerung mit dem Gewerbeverband wenig erfreut sei und von einer künftigen Bauernpartei die Abhäutung der gewerbeverbändlerischen Anhängsel erwarte.

Noch im Jahre 1906 hatte Laur das lette Ziel schweizerischer Bauernpolitik wie folgt umschrieben: "Wir aber wollen
eine Bauernpartei ausbauen zu einer Partei
aller derer, welche dem Elenden, Schwachen
und Armen Silfe bringen wollen, zu einer
Partei, welche die Ausbeutung der menschlichen
Arbeitskraft in jeder Form bekämpft und
die von jedem gesunden Menschen verlangt,
daß er für das, was er genießt und verzehrt, auch durch körperliche und geistige
Tätigkeit zur Wohlfahrt und Einkommensvermehrung der Volkswirtschaft beitrage."

In der Richtung dieser idealen Programmpunkte hat weder der Schweizerische Bauernverband noch die Bauernfraktion des Nationalrates bisher irgend etwas getan. Unsere Sozial-versicherungsgesetzgebung blieb seit einem Jahrzehnt auf dem toten Geleise stecken. Was an Sozialversicherung bisher ge-

schaffen wurde, kam — mit Recht — der bäuerlichen Bevölkerung ebensosehr zustatten wie dem Industrieproletariat. Sich damit zu brüften, daß der Bauernverband dieses Stück Sozialgesek= gebung mithalf zu verwirklichen, besteht kein Grund. Im Sinne der oben erwähnten Laurschen Ziel= punkte bäuerlicher Rlassenpolitik ist tat= fächlich nichts geschehen! Die Bauern und vorab Prof. Laur liebten es, hie und da eine solche Schreckfalve gegen die bürgerlichen Gruppen, namentlich die Freisinnige Partei als typische Vertreterin des Industrie= und Finanzkapitals, ab= zugeben, um sie damit gefügiger zu machen für die eigentlichen Forderungen jener bessersituierten Klasse von Bauern, die nach ihrem ökonomischen Charakter nichts anderes sind als kapitalistische Warenproduzenten. Auf diese Weise und unter geschickter Ausnützung der eidgenöffischen Finanzmisere bei Ausschaltung wichtigster Volksrechte und Mißachtung elementarer Verfassungsgrundsäße, wurde die Alera der schweizerischen Sochschußzollpolitik einacleitet. So hat der Bauer mitgewirkt, statt seinem industriellen Arbeitsbruder zu helfen und "die Ausbeutung der menschlichen Alrbeitskraft in jeder Form zu bekämpfen", die Not und das Elend der zahlreichsten Volksklasse noch zu vergrößern.

Die Schweizerische Bauernpartei.

Wenn eine solche heute auch noch nicht konstituiert ist, so kann doch niemand sich verhehlen, daß wir in den letzten drei Iahren einer solchen sehr viel näher gekommen sind und daß, nachdem sie als sachpolitischer Faktor von größtem Gewicht bereits zur Geltung kommt, auch ihre organisatorische Vollendung jedenfalls vorgenommen werden wird, sobald die bisher kantonal ausgesonderten Vauernparteien noch etwelche Stärkung aus anderen Rantonen ersahren. Un ein Eingehen der bereits gegründeten kantonalen Vauernparteien und ihren Wiederanschluß an die Freisinnige Partei ist gewiß nicht zu denken.

Die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehrte hat auch den Schweizer Bauer umgemodelt. Der Bauernhof ist nicht mehr der geschlossene Wirtschaftsstaat im kleinen, der er noch vor einem Jahrhundert, mancherorts noch vor einigen Jahrzehnten gewesen ist und der den allergrößten Teil der Bedürfnisse seiner Bewohner selber befriedigte. Der Bauer ist kapitalistischer Warenproduzent geworden, und mit der patriarchalischen Denkweise von einst hat er auch seinen Gerechtigkeitssinn,
seine Gutmütigkeit und Indolenz abgelegt. Die Technik revolutionierte nach der Industrie auch die Landwirtschaft und ihre
maschinelle Reorganisation ist noch bei weitem nicht abgeschlossen.

Die landwirtschaftliche Produktion erzielte eine nicht weniger überraschende Steigerung als die industrielle. Neue Erfindungen und die elektrische Kraftübertragung mit allen neuen Kraft= verwertungsmöglichkeiten machen weitere Entwicklungen zur Gewißheit. Zahlreiche landwirtschaftliche Schulen und Vildungs= veranstaltungen, wie das musterhaft organisierte, von Bund und Rantonen subventionierte landwirtschaftliche Vortragswesen, haben nicht nur zur beruflichen Sebung, sondern auch zur politischen Erweckung und Stärkung des Klassenbewußtseins des Bauerntums sehr viel beigetragen. In den außerordentlich zahlreichen landwirtschaftlichen Organisationen aller Art hat eine zahlreiche Oberschicht von Vauern auch organisieren, verwalten, rechnen und leiten gelernt und gleichzeitig der Bauernschaft eine ökonomische Rüstung von nicht zu unterschätzender Bedeutung gegeben. Der Bauer ist nicht mehr der rückständige "dumme Bauer", als den ihn gedankenlose Tradition gerne be= handelt, sondern eine wehrhafte, militante, auf ihren Vorteil bedachte, durch und durch klassenkämpferische Schicht, wenn sie auch in der Verteidigung wirklicher oder eingebildeter Intereffen vielfach irregeleitet wird. Im Schweizerischen Bauernverband und seinem (heute mit rund 50 Beamten arbeitenden!), außerordentlich aktiven Brugger Sekretariat besitzt sie bereits seit einem Vierteljahrhundert eine wirtschaftliche Zusammen= fassung der Rräfte. Sie ist im Begriffe, sich nun auch die politische Parteikörperschaft zu schaffen.

Sozialismus oder Freigeld?

Von Robert Grimm.

Im Märzheft der "Roten Revue" habe ich eine Darstellung der Freigeldlehre und eine Kritit ihrer Voraussetzungen gegeben. Ich stellte die Frage: "Steht die Tätigkeit in der Freigeldbewegung in Llebereinstimmung mit dem Bekenntnis zum sozialdemokra=tischen Parteiprogramm?" Ich kam zum Schluß, daß die Freigeldtheorie mit dem Sozialismus nichts zu tun hat, ja daß sie mit den Grundlehren des Sozialismus in direktem Widerspruch steht.

Auf meinen Artikel antwortet im Aprilheft Fritz Schwarz. Um die Frage, auf die es ankommt, drückt er sich herum, wie die Katze um den heißen Brei. Mit Wortschwall und Zitatensack glaubt er dem Problem ausweichen zu können. Ich verstehe sein Bemühen, aber es wird ihm wenig helsen.